

Rede Gabi Zimmer
auf der 2. Tagung des 9. Parteitages Die Linke. PDS in Thüringen
21. Oktober 2006 in Schmalkalden:

Ihr müsst verstehen, im Europäischen Parlament habe ich immer nur die Möglichkeit, zwischen einer Minute, anderthalb Minuten oder vielleicht zwei Minuten reden zu dürfen. Da wird auch streng abgeklingelt und ich nehme an, ihr werdet das genau handhaben. Aber die Möglichkeit, etwas in einem Zusammenhang darstellen zu können und auch argumentieren zu können, möchte ich ganz gerne hier nutzen. Ich verspreche euch, dass ich das nicht überstrapazieren werde.

Ab 1. Januar 2007 übernimmt die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung, die Ratspräsidentschaft innerhalb der Europäischen Union. Es ist ja so geregelt, dass jedes halbe Jahr ein anderes Land die Ratspräsidentschaft trägt. Mit Blick auf die Krise, in der sich die Europäische Union befindet, werden sehr hohe Erwartungshaltungen, Anforderungen, Forderungen auch an die deutsche Ratspräsidentschaft gestellt. Nach dem Motto „dann kommt wieder mal ein starker Staat in die Führungsverantwortung und die Deutschen sollen jetzt gefälligst mal all das lösen, was in den letzten Jahren innerhalb der Europäischen Union gegen den Baum gelaufen ist“. Die Bundesregierung sieht sich selbst unter dem Druck, versucht sich dem teilweise zu entziehen und sie versucht andererseits, mittels dieser Ratspräsidentschaft auch Veränderungen zu erreichen, die sehr wohl Auswirkungen auf die Menschen haben, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, innerhalb der europäischen Union leben.

Die bisherigen Ziele, zu denen sich die Bundesrepublik namentlich Frau Merkel bekannt haben, sind neben ihrem persönlichen Wunsch, mit dieser Ratspräsidentschaft den Einfluss der deutschen Politik auf die Europäische Union und auch darüber hinaus wesentlich zu verstärken, die unbedingte Neubelebung des Verfassungsprozesses. Sie erklären auch klar, dass sie die Entscheidungen in Frankreich bei der Wahl abwarten wollen, um zu wissen, mit welchem Präsident man möglicherweise die selbe Verfassung wieder auflegen kann, was überhaupt machbar sein wird, oder ob lediglich nur ein Zeitplan zustande kommt, um die Verfassung doch noch durchzubekommen?

Merkel will diese Verfassung, sie möchte den Grundcharakter dieser Verfassung und ist bisher nicht bereit, Korrekturen vorzunehmen. Wir haben ja immer gesagt, wir sind nicht dagegen, dass sich die europäische Union eine Verfassung gibt, aber der Verfassungsprozess und vor allem die Grundausrichtung von wesentlichen Verfassungsaussagen müssen auf einer demokratischen, solidarischen, friedlichen, sozialen und ökologischen Grundausrichtung basieren. Also, wir werden es zum einen mit diesem Punkt zutun bekommen und der zweite Punkt, der mehr oder weniger inoffiziell noch gehandelt wird, ist, dass die Bundesregierung und hier auch wieder insbesondere Frau Merkel ernsthaft darüber nachdenken, wie sie diese Ratspräsidentschaft nutzen, um eine Annäherung der EU an die USA zu bewerkstelligen. Genommen wird als Vorwand das mögliche Scheitern der WTO-Verhandlungen und es ist damit zu rechnen, dass beim Frühjahrsgipfel in Brüssel dazu ein zusätzlicher Punkt aufgenommen wird. Die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und der USA soll nach Vorstellungen Merkels als künftiges Projekt vorangetrieben werden.

Insofern finde ich es schon interessant, wenn wir andererseits auch Stimmen aus der Bundesregierung – zum Beispiel von Müntefering – hören, dass die Kanzlerin eingesehen habe, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie doch offensichtlich für viele Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland die soziale Dimension zu kurz gekommen sei. Jetzt sagt Müntefering, „wir müssen als Bundesregierung unsere Kräfte bündeln für ein soziales Europa, für eine soziale Welt“.

Das hört sich sehr gut an, vor allem wenn er dann darüber spricht, dass man natürlich für „gute Arbeit“, für bessere Arbeit, für einkommenssichere Arbeitsplätze vieles tun müsse. Man müsse etwas gegen prekäre Arbeitsverhältnisse usw. tun.

Dann frage ich mich aber: Wie gehen wir damit um, dass die Dienstleistungsrichtlinie, die jetzt in den nächsten Wochen zur zweiten Lesung in das Parlament kommt, selbst noch schlechter als der erreichte Kompromiss im Parlament sein wird? Es gibt nur ein „softes“ Verfahren innerhalb des Europäischen Parlamentes, das heißt, Sozialdemokraten und Christdemokraten verzichten von vornherein auf entsprechende Änderungsanträge bzw. stellen nur Änderungsanträge, die letzten Endes nicht viel bewirken sollen. Wir haben in diesen Tagen die Neuverhandlungen über die Arbeitszeitrichtlinie. Insbesondere die Bundesregierung Deutschland gehört dort zu den Blockierern, vor allem was die Forderung nach Abschaffung des „opt-out“ Modells betrifft. Das heißt, die bisherige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche könne weit überschritten werden und die Verabredungen dazu müssen nicht mehr nur zwischen Tarifpartnern, sondern können im Fall des Fehlens von Tarifpartnern zwischen Unternehmen und Beschäftigten individuell vereinbart werden. Das hat natürlich rein gar nichts mit Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mit „guter Arbeit“ zu tun. Das Parlament hat sich in einem Kompromiß für das Auslaufen dieser „opt out“-Regel ausgesprochen. Diesen Kompromiß blockiert die Bundesregierung gemeinsam mit der Blair-Regierung. Hinzuzufügen ist, daß die Linke im Europaparlament diesem Kompromiss ebenfalls sehr kritisch gegenüber steht, wenngleich auch aus ganz anderen Gründen.

Aufmerksam machen möchte ich darauf, dass wir Ende 2006 bzw. Anfang 2007, also ziemlich zeitgleich mit dem Beginn der Ratspräsidentschaft, den Entwurf zur Gesundheitsdienstrichtlinie bekommen werden.

Das heißt, hier geht es um den Teil, der aus der Allgemeinen Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen worden ist, bei dem aber geprüft wird, in welchen Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich tatsächlich Marktelemente vorhanden sind und wie in diesen Bereichen dann der freie Wettbewerb zu organisieren ist.

Was uns als großer Sieg des Parlaments verkauft wurde, ist letztendlich nichts als eine Verlagerung von Aktivitäten der Regierenden auf andere Ebenen und der Versuch die Politik des Neoliberalismus nach wie vor durchzuziehen.

Jede Kommune, jedes Krankenhaus, jeder soziale Träger wird sich in den kommenden Jahren damit auseinandersetzen müssen. Es wird vehemente Änderungen im Gesundheitswesen geben und wir müssen gemeinsam die Debatte darüber führen, an welchen Stellen, an welchen Schnittstellen wir tatsächlich ansetzen können, um auch diese Pläne zu behindern.

Dasselbe betrifft auch im Übrigen die Entsenderichtlinie, die gegenwärtig im EP heftig diskutiert wird.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, von dem ich meine, dass er uns tatsächlich mit dem Blick auf den Parteineubildungsprozess ernsthaft bewegen sollte. Ich denke, dass wir als Linke nur dann öffentlich wirksam Einfluß auf solche neoliberalen Projekte wie die Erhöhung der Arbeitszeit, die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen nehmen können, indem wir unseren Widerstand erhöhen und gleichzeitig aber auch konkret die Punkte nennen, wo die Stellschrauben sind, wo wir etwas verändern können. Wir sollten uns dazu bekennen, und das ist aus meiner Sicht noch nicht der Fall, dass die EU, genauso wie die Kommunen und die Länder, für uns Handlungs- und Gestaltungsebenen als linke Politiker und Politikerinnen sein müssen. Bisher ist das nicht der Fall.

Wir haben innerhalb beider Parteien viele Debatten um unsere Programmatik. Das schließt auch die Diskussion zu linker europäischer Politik ein. Im Moment geht es auch darum, daß manche von uns sagen, es sei doch einfacher, wir ziehen uns auf die nationale Ebene zurück, dort ist es einfacher bereits Erreichtes, soziale Werte und Errungenschaften verteidigen zu können. Ich sage aber ganz deutlich, dass das ein Irrtum, eine Sackgasse ist.

Die Europäische Union, die Europäisierung, die Globalisierung sind soweit voran, daß wir diesen Raum nutzen müssen. Die Bedingungen für linke und alternative Politik haben sich geändert. Wir können uns nicht zurückziehen und sagen, lasst die das mal alleine machen. Wenn wir als Linke auf der europäischen Ebene nicht präsent sind und nicht gleichzeitig zwischen der kommunalen, nationalen und auch der europäischen Ebene unsere Alternativen suchen und den Gestaltungsraum nutzen, werden wir immer mehr ins Hintertreffen gelangen. Wir sind nicht in der Offensive. Das müssen wir ganz deutlich sagen und uns fehlt bisher jeder Bezug zu einer gemeinsamen europäischen linken Strategie.

Und deshalb möchte ich darüber informieren, dass wir, die GUE/NGL insbesondere auf Initiative der PDS-Linkspartei-Delegation gemeinsam mit Rifondazione, die sehr aktiv in der GUE/NGL mitwirken, daß wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge - das ist so etwas wie die Geburtsurkunde der heutigen EU - daß wir die Jubelfeier, die in Berlin stattfindet, nutzen, um zwei oder drei Wochen vorher eine Arbeitstagung zu organisieren, in der wir Alternativen für die Entwicklung der Europäischen Union diskutieren wollen, und dieses strategische Defizit, das wir unter den Linken haben, endlich mal anzugehen und zu beheben.

Wir meinen, und das ist etwas anderes als sich nur darauf zu reduzieren, Eckpunkte für einen neuen Verfassungsvertrag in die Debatte zu bringen. Es ist notwendig, über eine sich neu konstituierende Europäische Union zu diskutieren. Die europäische Linke namentlich damit auch die deutsche Linke hat dort Substanzielles einzubringen.

Wir brauchen eine solche Diskussion mit WissenschaftlerInnen, ExpertInnen und VertreterInnen von NGO. Wir sind noch meilenweit von einer gemeinsamen alternativen Strategie entfernt. Und deshalb verzetteln wir uns oftmals und sind viel zu wenig erkennbar in den bisherigen Auseinandersetzungen.

Ein letzter Punkt noch.

Wir wollen gleichzeitig die Möglichkeiten der deutschen Ratspräsidentschaft nutzen, um die in der Bundesrepublik an verschiedenen Orten in diesem 1. Halbjahr stattfindenden Konferenzen der EU-Minister zu den unterschiedlichsten Themen zu nutzen, um dort mit den Menschen vor Ort Alternativen auch demonstrativ und öffentlich zu zeigen.

Wir wollen das Projekt einer „ständigen Vertretung von unten“ starten, was wir natürlich als PDS nicht alleine organisieren können. Hier brauchen wir die Unterstützung der Menschen vor Ort. Wir wollen beispielsweise, wenn die europäischen Sozialminister tagen, wenn die europäischen Innenminister tagen oder auch die Entwicklungsminister, daß wir uns dort mit unseren Alternativen wirksam zu Wort melden. Ich hoffe, daß es uns gelingt, ein solches Projekt gemeinsam zwischen der Linkspartei.PDS, der WASG und sozialen Initiativen und Gewerkschaften durchzuführen.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.